

*Ohne klaren Blick für den Zustand der Welt kann Frieden nicht gesichert werden.*

*Gustav Heinemann*

## Entspannung statt Abschreckung?

Den Befürwortern und Verteidigern der militärischen Komponente bundesdeutscher Sicherheitspolitik bläst derzeit der Wind unübersehbar ins Gesicht. Die an Heftigkeit kaum zu überbietende Debatte über Sinn und Notwendigkeit militärischer Tiefflüge ist dafür nur ein wenn auch besonders signifikanter Beleg. Umfragen zeigen, daß in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Akzeptanz des militärischen Verteidigungsauftrags und der dafür erforderlichen personellen und finanziellen Aufwendungen schwächer geworden ist. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat 1988 mit 77 000 Anträgen eine Rekordhöhe erreicht; gleichzeitig ist vielfach von einer ernstesten *Motivationskrise der Bundeswehr* die Rede. Die *Ursachen* für das verbreitete Mißtrauen gegenüber der offiziellen Verteidigungspolitik sind nicht identisch mit denen zur Zeit der Nachrüstungsdebatte und der Friedensbewegung. Seinerzeit ging Kriegsangst um, fürchtete man, hilflos einer sich immer schneller und bedrohlicher drehenden Rüstungsspirale ausgeliefert zu sein, sah man die Chancen auf Abrüstung unwiderruflich schwinden. Heute dagegen speisen sich die kritischen Einwände gegen den finanziell aufwendigen und vielfach lästigen militärischen Apparat vor allem aus den Hoffnungen auf weitere Abrüstungsschritte und eine dauerhafte Entspannung im Ost-West-Verhältnis, die durch die Politik des sowjetischen Partei- und Staatschefs *Michail Gorbatschow* geweckt wurden. Der bundesdeutsche Wehrdienstleistende, der in seiner Freizeit demonstrativ ein T-Shirt mit dem kyrillischen Aufdruck „CCCP“ trägt, ist dafür ein zwar kleines, aber anschauliches Beispiel.

### Das „neue Denken“ erscheint als Rettungsanker

Daß das „neue Denken“ in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik gerade hierzulande Legitimations- und Motivationsprobleme für den militärischen Verteidigungsauftrag schafft, hat zunächst mit der besonderen Si-

tuation der Bundesrepublik und ihrer Armee zu tun. Die Bundeswehr entstand nach der massiven Zäsur von Kapitulation und Besatzungszeit als ein Kind des sich damals zuspitzenden Ost-West-Konflikts. Sie war von vornherein Teil des westlichen Verteidigungsbündnisses, das zum Schutz der westlichen Demokratien gegen ein weiteres kommunistisches Vordringen und als Gegengewicht zur sowjetischen Militärmacht ins Leben gerufen wurde. Während deshalb für andere NATO-Staaten (von einem Land wie der Schweiz ganz zu schweigen) die Streitkräfte mit ihrer Tradition ein in vieler Hinsicht selbstverständliches Element der nationalen Identität sind, auch unabhängig von der jeweiligen Konstellation im Ost-West-Verhältnis, war und ist für die Bundeswehr der Systemgegensatz in Europa und die damit gegebene militärische Bedrohung hauptsächliche *raison d'être*. Deshalb müssen sich Veränderungen im Verhältnis der beiden Blöcke in der Bundesrepublik und für die Bundeswehr schneller und massiver niederschlagen als in anderen westlichen Ländern mit einer ungebrocheneren Militärtradition. Das hat sich in den Jahren der Nachrüstungsdebatte deutlich gezeigt. Schließlich gab es in keinem der großen europäischen NATO-Länder eine der deutschen vergleichbare Friedensbewegung. Jetzt ist unter dem neuen Vorzeichen von „Perestroika“ ähnliches zu beobachten: Nachdem das Gefühl der Bedrohung durch das östliche Militärpotential nachgelassen hat, sind in der Bundesrepublik besonders deutliche Zweifel laut geworden, ob die eigenen Verteidigungsaufwendungen in der bisherigen Art und im Umfang noch gerechtfertigt sind.

Dazu kommt, daß die deutschen Streitkräfte auch mit erheblichen *hausgemachten Problemen* zu kämpfen haben, die man seit Jahren mehr oder weniger vor sich herschiebt. Der bisherige Friedensumfang der Bundeswehr von 495 000 Mann wird wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung trotz der Wehrdienstverlängerung kaum aufrechtzuerhalten sein. Schon von daher sind in den nächsten Jahren grundsätzliche Überlegungen über

die künftige Struktur der Streitkräfte unumgänglich. Für eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, wie sie von der NATO immer wieder angemahnt wird, besteht im Bundeshaushalt kein Spielraum. Eine deutliche Erhöhung wäre nur durch erhebliche Umschichtungen möglich, für die es weder im Parlament noch in der Bevölkerung eine Mehrheit gibt. Angesichts der Kosten der modernen Waffensysteme ist auch absehbar, daß die Beschaffungswünsche der Teilstreitkräfte nicht in vollem Umfang finanzierbar sein werden. In dieser ohnehin unbequemen Situation muß der neue sowjetische Kurs in der Öffentlichkeit gleichsam als *Rettungssanker* erscheinen, nach dem man nur zu gern greift.

Schließlich ist als Folge der Friedensdiskussion vielfach die *Sensibilität für Schwachstellen der gültigen NATO-Strategie* und ihre möglichen Konsequenzen für die Bundesrepublik gestiegen. Die Strategie der „flexible response“, die im Verteidigungsfall den Ersteinsatz von Atomwaffen ausdrücklich als Option einschließt (um so die Abschreckungswirkung zu erhöhen), ist nicht zuletzt deswegen mit einem hohen *Eskalationsrisiko* behaftet. Es ist umstritten, ob sie im Kriegsfall das angestrebte Ziel, einen Angriff möglichst bald und mit möglichster Schadensbegrenzung zu stoppen, wirklich erreichen könnte. Damit ist auch fraglich, ob die Bundesrepublik überhaupt wirksam verteidigt werden könnte, ohne dabei das zu Verteidigende in erheblichem Umfang zu zerstören. Die Bedenken gegenüber dem Abschreckungssystem und der NATO-Strategie für den Verteidigungsfall bilden eine zusätzliche, angesichts der exponierten Lage der Bundesrepublik an der Grenzlinie der beiden Militärblöcke auch sehr verständliche Motivation dafür, jede Chance zur nuklearen wie konventionellen Abrüstung zu nutzen, und schaffen so in der Bundesrepublik einen besonders günstigen Resonanzboden für die einschlägigen Initiativen und Vorschläge von sowjetischer Seite.

## Zwischen alten Feindbildern und neuer Euphorie

Der durch die genannten Faktoren entstandene neue Legitimationsbedarf für die Aufgabe der Streitkräfte und darüber hinaus für die Grundlinien der Sicherheitspolitik stellt für die militärisch und politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik eine erhebliche Herausforderung dar. Das Bemühen um einen *sicherheitspolitischen Grundkonsens* im Blick auf die schon eingetretenen oder noch zu erwartenden Veränderungen im Ost-West-Verhältnis wird zu den wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre gehören. Dabei wird es zunächst darauf ankommen, einen Weg zu finden, der zwischen übertriebenen Hoffnungen angesichts des „neuen Denkens“ und seinen verteidigungspolitischen Auswirkungen und überzogenem Mißtrauen hindurchführt.

Wer auf die neuen Signale aus der Sowjetunion vor allem mit der Beschworung des unverändert vorhandenen militärischen Drohpotentials der östlichen Seite oder der

nach wie vor bestehenden Dominanz der marxistisch-leninistischen Ideologie reagiert, dabei aber die in den letzten Jahren erfolgten *Veränderungen in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik* außer acht läßt, wird unglaublich unwürdig. Das Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung von 1985 ging noch davon aus, daß die Sowjetunion mit ihrer militärischen Macht die politische Kontrolle über das freie Europa gewinnen wolle, daß sie Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik grundsätzlich bejahe und daß sie versuche, Konflikte in der Dritten Welt zu nutzen, um ihren Einfluß und ihre Macht im globalen Rahmen zu vergrößern. Heute müßte das Urteil über die Absichten und Leitlinien sowjetischer Außenpolitik in einem solchen Weißbuch nuancierter ausfallen. Sowohl im Blick auf das sowjetische Verhalten gegenüber der Dritten Welt wie gegenüber dem freien Europa wären die damaligen Einschätzungen kritisch zu überprüfen. Im übrigen ist auch die sowjetische Militärdoktrin von der „Perestroika“ nicht unberührt geblieben. Es gibt in der Sowjetunion inzwischen eine Diskussion über eine stärker defensive Ausrichtung der Streitkräfte, der von westlichen Experten eine neue Qualität bescheinigt wird.

Allerdings besteht trotz alledem kein Grund zur Euphorie. Zwar werden die Mittelstreckenraketen entsprechend dem Abkommen vom Dezember 1987 planmäßig abgebaut. Aber die entscheidenden Schritte auf dem Weg der Rüstungskontrolle und Abrüstung stehen erst noch bevor. Das gilt für die Verhandlungen über eine massive Reduzierung der interkontinentalen Atomwaffen ebenso wie für die aus europäischer Sicht besonders wichtigen Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle. Auch wenn die Einschätzungen des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West in Europa teilweise erheblich divergieren, ist man sich auf westlicher Seite doch weitgehend darüber einig, daß die Sowjetunion auch nach den jetzt angekündigten Reduzierungen in Europa über eine deutliche konventionelle Überlegenheit verfügt und daß sich der sowjetische Abrüstungswille deshalb vor allem an der Bereitschaft zu *weiteren Einschnitten beim konventionellen Offensivpotential* erweisen muß.

Größter und wichtigster Unsicherheitsfaktor bleibt nach wie vor das *weitere Schicksal von Gorbatschows Reformkurs*. Die bisher im Zeichen des „neuen Denkens“ erreichten Veränderungen in der Sowjetunion haben noch nicht so tief Wurzeln geschlagen und das Gesicht des Systems noch nicht so sehr verändert, daß sie unter entsprechenden Umständen nicht auch wieder zurückgenommen oder in ihrer weiteren Dynamik gestoppt werden könnten. Es ist – ohne daß man dabei übertriebene Schwarzmalerei betreiben müßte – nicht auszuschließen, daß angesichts der sich bisher eher noch verschärfenden wirtschaftlichen Misere, der ungelösten Nationalitätenkonflikte und der auch ideologische Grundprinzipien nicht mehr aussparenden kulturell-geistigen Öffnung in der Sowjetunion die Gegenkräfte zum Reformkurs stärker werden könnten. Jeder Gegenschlag hätte vermutlich auch Auswirkungen auf die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik.

## Verteidigungsbereitschaft läßt sich legitimieren

Ungeachtet aller Unwägbarkeiten der Entwicklung in der Sowjetunion und bei ihren Verbündeten (man braucht nur an das polnische und ungarische Experiment zu denken) gibt es für westliche Sicherheitspolitik keinen anderen sinnvollen und legitimen Weg, als die gegenwärtig gebotenen Chancen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Entspannung im Ost-West-Verhältnis zu nutzen. Dazu gehört eine genaue und unvoreingenommene Prüfung östlicher Vorstöße und Vorstellungen ebenso wie die Bereitschaft, die eigenen militärischen Potentiale und strategischen Planungen unter den gewandelten Verhältnissen offen und kritisch unter die Lupe zu nehmen. Das *Gesamtkonzept der NATO für die Rüstungskontrollverhandlungen*, an dem derzeit noch gearbeitet wird, muß sich an diesen Kriterien messen lassen. Wer im Westen und in der Bundesrepublik im besonderen für die Aufrechterhaltung militärischer Verteidigungsbereitschaft eintritt, kann das nur glaubhaft und überzeugend tun, wenn er gleichzeitig den earnesten Willen erkennen läßt, die Gunst der Stunde für Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen wahrzunehmen.

Nur unter dieser Voraussetzung läßt sich in der Bevölkerung Verständnis etwa dafür gewinnen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung auch bei gutem Willen und Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten ein kompliziertes und deshalb u. U. auch langwieriges Geschäft ist. Das gilt auch für die Einsicht, daß es gerade in einer in vieler Hinsicht hoffnungsvollen, gleichzeitig aber unübersichtlichen und risikobehafteten Übergangssituation notwendig und legitim ist, an der – auch nuklearen – Abschreckung und an der militärischen Verteidigungsbereitschaft festzuhalten: nicht als Selbstzweck oder aus sturer Phantasielosigkeit, sondern um damit den Prozeß der Rüstungskontrolle und die Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Blöcken abzusichern, als ein auf absehbare Zeit noch unverzichtbares Teilelement einer glaubwürdig auf Abrüstung und Entspannung ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik.

Es fehlt also nicht an Argumenten, um angesichts der hierzulande verbreiteten Zweifel am Sinn militärischer Verteidigungsbereitschaft den Auftrag der Bundeswehr unter den gegenwärtigen Umständen zu legitimieren. Sie können allerdings nur dann greifen, wenn von der Bundeswehr selber und von den politisch Verantwortlichen Fragen und Probleme nicht verdrängt, sondern ehrlich beim Namen genannt werden. Dagegen führt etwa *übertriebene Larmoyanz* nicht weiter: Es ist nicht besonders hilfreich, wenn in den Streitkräften darüber Klage geführt wird, daß die Öffentlichkeit ihren Anliegen zu wenig Verständnis entgegenbringe und daß in der Bevölkerung die Verteidigungsbereitschaft abnehme. Ebenso kann auch noch so flotte Werbung für den Dienst in der Bundeswehr nichts an dem Grundproblem ändern, vor dem eine Abschreckungsarmee gerade heute steht: Es wird immer

schwerer, jungen Leuten plausibel zu machen, warum sie für einen Ernstfall bereit sein sollten, den zu verhindern das Ziel der Streitkräfte ist und der überdies als konkrete Bedrohung aufgrund der politischen Entwicklung in Europa unwahrscheinlicher wird.

Den Motivationsproblemen der Bundeswehr ist keinesfalls durch stärkere *Abkapselung* zu begegnen. Die Bundesrepublik braucht gerade in der gegenwärtigen Situation keine Streitkräfte, die sich aus Unsicherheit oder Trotz einigeln und ihren Auftrag gegen die allgemeine Stimmung hochzuhalten versuchen. Ohne einen sicherheitspolitischen Minimalkonsens hängen die Streitkräfte letztlich in der Luft. Um eines solchen Konsenses willen kann und darf sich die Bundeswehr aus der öffentlichen Auseinandersetzung um die Sicherheitspolitik, um Alternativen zur geltenden Strategie und um die Legitimation des Verteidigungsauftrags nicht heraushalten. Sie braucht dabei aber auch die notwendige politische Rückendeckung: An der Aufgabe, der Bevölkerung verständlich zu machen, daß – unbeschadet möglicher und wünschenswerter Veränderungen in Struktur und Bewaffnung als Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen – der Auftrag der Bundeswehr als solcher auf absehbare Zeit sinnvoll und notwendig ist, führt kein Weg vorbei.

## Die Kirchen müssen prophetisch und realistisch sein

In den Jahren der Friedensbewegung ist in den beiden großen *christlichen Kirchen* in der Bundesrepublik intensiv und kontrovers um friedensethische Standortbestimmungen gerungen worden. Dabei hat sich ungeachtet der Differenzen in der Bewertung der nuklearen Abschreckung doch ein *Grundkonsens* ergeben, der sich jetzt auch in der Stuttgarter Erklärung des ACK-Forums über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vom Oktober 1988 widerspiegelt (vgl. HK, Dezember 1988, 552–553): Militärische Friedenssicherung ist nur zu legitimieren, wenn sie sich in ihren Mitteln auf das unbedingt Erforderliche beschränkt, in ein Gesamtkonzept der Friedensförderung eingebunden ist und wenn alles getan wird, um Konflikte abzubauen und eine politische Friedensordnung zu erreichen. Auf diesem Hintergrund können und müssen die Kirchen die gegenwärtige Entwicklung im Ost-West-Verhältnis und die sich daraus ergebenden Perspektiven für Rüstungskontrolle und Abrüstung uneingeschränkt begrüßen und darauf drängen, daß die Chancen ausgelotet und genutzt werden. Darin dürften sich die verschiedenen Gruppen des kirchlichen Spektrums in der Friedensfrage einig sein. So könnten auch Polarisierungen der vergangenen Jahre weiter abgebaut werden. Gefordert ist von den Kirchen in den nächsten Jahren vor allem die spannungsreiche *Verbindung von prophetischem Drängen und sicherheitspolitischem Realismus*, die sich schon bisher als hilfreich für die öffentliche Auseinandersetzung und Bewußtseinsbildung erwiesen hat.

Ulrich Rub